

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Jahrgesamt durch unsere Seiten hat im Jahre monatlich 170 Mark. Bezahlungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Anzeiger monatlich. Preis pro Anzeiger Nr. 25. Telegramm: Cagblatt Erzgebirge.

Anzeigerpreise für die Anzeigerstellen: 1. Zeile für Anzeigen aus der Zeitungsnummer 20.00 Mark, auswärts 22.00 Mark, 2. Zeile 15.00 Mark, 3. Zeile 12.00 Mark, 4. Zeile 10.00 Mark, 5. Zeile 8.00 Mark, 6. Zeile 6.00 Mark, 7. Zeile 5.00 Mark, 8. Zeile 4.00 Mark, 9. Zeile 3.00 Mark, 10. Zeile 2.00 Mark, 11. Zeile 1.50 Mark, 12. Zeile 1.00 Mark, 13. Zeile 0.75 Mark, 14. Zeile 0.50 Mark, 15. Zeile 0.30 Mark, 16. Zeile 0.20 Mark, 17. Zeile 0.15 Mark, 18. Zeile 0.10 Mark, 19. Zeile 0.075 Mark, 20. Zeile 0.050 Mark, 21. Zeile 0.035 Mark, 22. Zeile 0.025 Mark, 23. Zeile 0.0175 Mark, 24. Zeile 0.0125 Mark, 25. Zeile 0.00875 Mark.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus.

Postkod. Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 266

Mittwoch, den 15. November 1922

17. Jahrgang

Rücktritt des Kabinetts Dr. Wirth.

Berlin, 15. November. Nachdem die sozialistische Revolution gestern Abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der deutschen Volkspartei nicht eintraten werde, beschloß das Reichskabinett, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen. Der Reichskanzler hat in den letzten Abendstunden dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts mitgeteilt. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen.

Die Umbildung der Reichsregierung hat beinahe sämtlich neue Situationen und zahlreiche Überraschungen, geeignet. Die wichtigste bestand darin, daß sich der Reichskanzler Dr. Wirth unerwartet schnell dahin entschied, die widerstrebende Sozialdemokratie mit der deutschen Volkspartei zusammenzubringen und die von den Demokraten so lange erstrebte große Koalition zu verwirklichen. Von ihm persönlich ging nämlich die Frage an Zentrum, Demokratie und bayerische Volkspartei, wie sie sich zur Heranziehung der deutschen Volkspartei in die Regierungscoalition stellen. Als alle drei befragten Parteien diese Forderung als Notwendigkeit bezeichnet hatten, verlangte Dr. Wirth sehr energisch von der Sozialdemokratie die Nachprüfung ihres ablehnenden Beschlusses gegen die Deutsche Volkspartei. Diese sozialdemokratische Nachprüfung brachte zwar noch keinen Umfall, aber anscheinend doch die Vorbereitungen dazu. Darauf verlangte der Reichskanzler, daß sich Sozialdemokratie und deutsche Volkspartei zusammenschließen und die etwa noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten überwinden möchten. Am Spätnachmittag des Dienstags wollte er dann den Versuch machen, die 5 Parteien endgültig zur großen Koalition zusammenzubringen. Die bayerische Volkspartei hatte sich sichtlich dazu bereit erklärt, ohne indessen personelle Anforderungen zu stellen. Gestern gegen Abend war die Hoffnung in parlamentarischen Kreisen allgemein verbreitet, daß unter dem energischen Vorstoß des Reichskanzlers Dr. Wirth die große Koalition endgültig zustande kommen werde. Die Hoffnung, trotz der Koalitionsverhandlungen und trat zurück. Die Sozialdemokratie hat es nicht über sich gebracht, das Vaterland über die Partei zu stellen, hat sich damit erneut als die Partei des „unermesslichen“ Klassenhasses und Klassenkampfes ausgewiesen. Sie trägt vor dem Volke und der Geschichte die volle Verantwortung für die Folgen ihrer Handlung. Man darf wohl daran erinnern, daß der Reichskanzler bei der Auflösung der Koalition die Verantwortung dem Zwange der Not geschob. Die Reparationskommission hatte unabweisbar zu erkennen gegeben, daß das Kabinett Wirth infolge seiner allzu schmalen Basis als Machtfaktor keinen imberwickelnden Einbruch mache und mehr eine Partei- als Volksvertretung darstelle.

Die deutsche Währungsnote.

Der Plan der Regierung.
Aus der Note der Reichsregierung an die Reparationskommission geben wir folgenden Auszug:
1. Eine endgültige Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Es ist aber sofort eine vorläufige Aktion zu ihrer Deutung und Stützung notwendig.
2. Eine solche vorläufige Aktion kann nicht allein mit deutschen Kräften geschehen. Die Mitwirkung des Auslandes ist notwendig.
3. Die deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, einen Betrag von 500 Millionen Goldmark in Gold oder Leihen für die Stützungaktion zur Verfügung zu stellen.
4. Die Finanzmaßnahme der Stützungaktion erfordert folgende Voraussetzungen:
a) Deutschland wird für drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles befreit.
b) Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Beeinträchtigung des lebenden Schicksals, d. h. aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen bestritten werden können.
c) Deutschland erhält für die Stützungaktion von ausländischen Banken einen gesicherten Kredit von mindestens 500 Goldmark, so daß für die Stützungaktion insgesamt ein Betrag von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Verfügung steht.
5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen Goldmark unter Inanspruchnahme ihres Goldbestandes aufgestellt worden. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission vom Reich, nicht aber von der Reichsbank zu stellen sein.
6. Ein von den ausländischen Banken und den

Reichsbank bereitgestellten Mittel werden von einer unabhängigen Stelle verwaltet.

7. Diese Stelle wird zugunsten des Kurzes der Reichsbank intervenieren.

8. Sobald durch die Stützungaktion der Kurs der Mark soweit gebessert ist, daß das innere Vertrauen wieder hergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine innere Goldanleihe unter entsprechenden Bedingungen auflegen.

Die deutsche Regierung ist ferner bereit, ausländische Anleihen aufzulegen, die zu angemessenen Bedingungen erhältlich sind.

Schon während der Dauer der in Nr. 4 genannten Periode wird der Ertrag der inneren Anleihe zur Hälfte, derjenige der äußeren Anleihe in voller Höhe zur Wiedergabe von Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles verwendet. Die andere Hälfte des Ertrages der inneren Anleihe dient dem Bedarf des eigenen Haushaltes Deutschlands, insbesondere zur Rückzahlung des Stützungskredites.

9. Durch die vorstehenden Maßnahmen wird Deutschland in die Lage versetzt, das Gleichgewicht in seinem Haushalt herzustellen, das Anwachsen der schwebenden Schuld aufzuhalten und die Diskontierung von Staatsanleihen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einzustellen.

Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt: Aufhebung entbehrlicher Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Verminderung unproduktiver Ausgaben, Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringlichsten Erfordernisse, produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.

10. Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen.

Zu diesem Zweck wird insbesondere eine Neuorganisation des Arbeitsrechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Besehung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern gefördert, Luxusverbrauch und Luxusimport gedämmt und der Alkoholverbrauch beschränkt werden.

Zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsbesetzung des Brotgetreides abgeändert werden.

11. Bei Festigung der Markkurse werden andererseits die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt wurden. Auch im übrigen wird Deutschland die wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingewandt und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiet wiederhergestellt werden müssen, um den Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Um den vorstehend niedergelegten Plan ausführen zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Reparationskommission nachstehende Anträge:

- a) Eine endgültige Festlegung der Verpflichtungen Deutschlands sobald als möglich in solcher Höhe herbeizuführen, daß sie einschließend des Zinsfußes der auszunehmenden Anleihen aus dem Ueberschuß des Haushalts bestritten werden können.
- b) zunächst für die Dauer von drei bis vier Jahren Deutschland von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von Versailles unter dem in Artikel 4 Absatz 2 gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu befreien.
- c) unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzleuten zum Zweck der Beratung über einen Deutschland zu gewährenden Bankkredit einzuberufen.

Produktionsrückgang.

Die Produktion des deutschen Reiches ist von 86,978 Millionen im Jahre 1918 auf 82,472 Millionen im Jahre 1921, also auf 94,8 Prozent zurückgegangen. Die stärkere Verminderung hat sich aber die landwirtschaftliche Erzeugung. Während im Jahre 1907 die landwirtschaftliche denutzte Fläche 82 Millionen Hektar betrug, beläuft sie sich jetzt nur noch auf 27 Millionen Hektar; es sind Rückgänge zu verzeichnen um 22,51 Prozent bei Weizen, 22,17 Prozent bei Roggen, 18,48 Prozent bei Hafer usw. Die Rückwirkungen auf die Ernte kommen in einem beträchtlichen Maaße bei Getreideerträgen

zum Ausdruck. Im Jahre 1918 betrug die Gesamternte an Getreide 80,704 Millionen Tonnen, im Jahre 1921 dagegen nur noch 16,888 Millionen Tonnen, d. h. 55 Prozent; die Kartoffelernte ging zurück von 54,121 Millionen Tonnen auf 26,151 Millionen Tonnen, also auf 48,3 Prozent. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktionsleistungen ist auch im Viehbestand ersichtlich; den hauptsächlich in Betracht kommenden Schlachtviehmärkten wurde zugeführt im Jahre 1918 5 812 000 Schweine, 1921 dagegen nur 1 923 000, d. h. also nur ein Drittel. Der Rindviehbestand ging in derselben Zeit zurück von 20'994 Millionen Stück auf 16 839 Millionen; gleichzeitig sank das durchschnittliche Schlachtgewicht auf ungefähr 60 Prozent, der Jahresmitteltrag der Milchkuhe sogar auf 45—50 Prozent.

Die gewerbliche Erzeugung ist genau so stark zurückgegangen. Die Steinkohlenförderung im Ruhrbecken verminderte sich pro Kopf und Schicht von 833 kg im Jahre 1913 auf 609 bezw. 584 in den Jahren 1919—21. Die Roheisenproduktion ging von 16,761 Millionen Tonnen 1913 auf 5,75 Millionen Tonnen 1921, d. h. auf 34,3 Prozent zurück; etwas besser gehalten hat sich die Stahlerzeugung, die „nur“ von 16,949 Millionen Tonnen auf 7,75 Millionen Tonnen, d. h. auf 45,7 Prozent fiel. Wie arm wir geworden sind, zeigt, daß unsere Ausfuhr von 73,713 Millionen Tonnen 1913 gefallen ist auf 20,2 Millionen Tonnen im Jahre 1921, d. h. auf 27,4 Prozent. Dieses Schwindens des Volkvermögens kommt auch in dem zurückgehenden Gewerke in deutschen Häfen zum Ausdruck, in die im Jahre 1913 Schiffe von 34,772 Millionen Register-tonnen einliefen, gegen nur 12,544 (36,1 %) 1921. Wie unter dem Produktionsrückgang und der Geldentwertung selbst die primitivsten Bedürfnisse leiden müssen, beweist, daß in den vier Jahren 1918—21 in 85 deutschen Großstädten nur 2480, 8212, 18 791 und 21 278 Wohnungen gebaut wurden, gegenüber 59 908 im Jahre 1913, daß also ein Rückgang zu verzeichnen war auf 4,9—35,5 Prozent.

Das in den oben wiedergegebenen Zahlen zum Ausdruck kommende trostlose Bild wird von den meisten nur deshalb nicht erkannt, weil die hohen Papiergewinne den Einblick in die Wirklichkeit erschweren; macht man sich aber klar, daß ein Goldwert zurückgeführt bei 25 der bestfundierten Banken und industriellen Unternehmungen die 1921 gezahlten Dividenden durchschnittlich nur 0,1 Prozent ausmachten, dann ergibt sich auch hieraus ein Bild unserer Verelendung.

Wohnungsnot und Wirtschaftsfrage

Die Regierung steht in bezug auf die Wohnungspolitik auf dem Standpunkte, daß an eine Veränderung der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete zunächst nicht gedacht werden kann. Die heutige bellagene Wohnungsnote in Deutschland, so wird regierungsfestigt erklärt, ist eine unausbleibliche Folge der wirtschaftlichen Weltkrise. Ein umfassender Wohnungsbau, der den Ausfall während des Krieges wieder gutmachen soll, wäre nur aus Ueberflüssen der Volkswirtschaft möglich. Daran fehlt es heute in Deutschland, teilweise auch im Auslande. Demnach wirkt auch die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung. In Ländern mit sinkendem Geldwert scheuen die Besitzer der etwa vorhandenen geringen Kapitalien die Anlage im Wohnungsbau, weil die Eigentümer die heute damit ungetrenntlich verbundene Entwertung ihres Geldes nicht in Kauf nehmen wollen. In Ländern mit besserer Valuta sind die Geldgeber bis zum Eintritt eines stabilen Geldwertes ebenfalls nicht geneigt, den Wohnungsbau zu unterstützen, da sich nicht voraussetzen läßt, welche Höhen die Mieten und damit die Werte des Kapitals dauernd behaupten werden. Selbst in Amerika, das keinerlei Zwangswirtschaft gehabt hat, ist 1918 und 1920 nur außerordentlich wenig gebaut worden. Erst seit Besserung der Wirtschaftslage hat dort 1921—22 eine nennenswerte Privatbauwirtschaft eingesetzt. In England und Belgien wurden erhebliche öffentliche Zuschüsse für den Wohnungsbau aufgewendet werden. Auch dort genügt das private Kapital nicht. In Italien und Frankreich liegt es noch schlimmer aus. Die Wohnungsnot in Deutschland liegt also nicht allein da; sie ist eine Folge der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Ein Abbau der Zwangswirtschaft würde keine Besserung bringen. Er würde eine erhebliche Steigerung der Mieten nach sich ziehen, aber keine Neubausstätigkeit zur Folge haben, so lange die gegenwärtige kritische Wirtschaftslage andauert. Auch die vielfach empfohlene teilweise Freigabe von größeren Wohnungen oder gewerblichen Räumen würde aus demselben Grunde die Voraussetzung für eine umfangreiche private Neubausstätigkeit nicht schaffen, dürfte aber einen ziemlich willkürlich abgetrennten Rest von Grundbesitzern besonders Einnahmen bringen.